



## **Verkehrsausschuss**

### **41. Sitzung (öffentlich)**

13. Mai 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 17:00 Uhr

Vorsitz: Thomas Nüchel (FDP)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

	<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>7</b>
<b>1</b>	<b>Dringliche Anfrage gemäß § 59 GO LT NRW</b> ( <i>Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1]</i> )	<b>8</b>
	– Wortbeiträge	

**2 Radweg entlang der A 52 und der Ruhrtalbrücke 12**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/8410

Schriftliche Anhörung  
des Verkehrsausschusses  
Stellungnahme 17/2424  
Stellungnahme 17/2426  
Stellungnahme 17/2493  
Stellungnahme 17/2532  
Stellungnahme 17/2602

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, heute noch nicht über den Antrag abzustimmen.

**3 Zukunft des Flughafens Düsseldorf und Lärmschutz für die Anwohner in Einklang bringen – Mobilitätsbedürfnisse der Bürger dauerhaft sichern – Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze ermöglichen 15**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/7363

Schriftliche Anhörung  
des Verkehrsausschusses  
Stellungnahme 17/2270  
Stellungnahme 17/2271  
Stellungnahme 17/2299

– Auswertung der Anhörung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

**4 Tarnen, täuschen und verschleiern: Die Informationspolitik der Landesregierung ist eine Farce! – Was ist mit dem Neubau der Leverkusener Rheinbrücke?** 18

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/9034

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen und das weitere Vorgehen in der Obleuterunde zu besprechen.

**5 Sachstand Neubau der Rheinbrücke Leverkusen** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) 25

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/3340  
Vertrauliche Vorlage 17/103

in Verbindung mit:

**Probleme beim Bau der neuen Leverkusener Rhein-Brücke als Teil der Autobahn 1 zwischen Köln und Leverkusen** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 2]*)

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/3340  
Vertrauliche Vorlage 17/103

in Verbindung mit:

**Sachstand zur bisherigen und zukünftigen Umsetzung des Projektes „L Leverkusener Brücke“** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*)

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/3340  
Vertrauliche Vorlage 17/103

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

- 6 „Stärkungspakt Automobilindustrie“: Arbeitsplätze in der Automobil- und Zulieferindustrie erhalten – Die schlimmste Krise in Deutschlands Schlüsselindustrie ernst nehmen – Maßnahmen zum Schutz vor Brüssels belastenden „Klimaschutz“-Vorgaben und Strafzahlungen ergreifen! 50**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/9043

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich zu beteiligen.

- 7 „Stärkungspakt Luftverkehr“: Arbeitsplätze an Flughäfen und bei Fluggesellschaften während und nach der Coronakrise sichern – Sofortmaßnahmen ermöglichen und Luftverkehrssteuer abschaffen 51**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/9042

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die schriftlichen Stellungnahmen zur Kenntnis zu nehmen.

- 8 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zuständigkeiten im Bereich Straßenverkehr und Güterbeförderung 52**

Drucksache 17/9086 – Neudruck  
Vorlage 17/3287 – Neudruck

– keine Wortbeiträge

**9 Was tut die Landesregierung, um den notwendigen Sicherheitsabstand zum Schutz vor Corona-Infektion auch für Radfahrerinnen und Fußgänger zu gewährleisten?** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 6])* **53**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/3332

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

**10 Verschiedenes** **55**

Der Ausschuss stimmt dem Terminplan für das Jahr 2021 einstimmig zu.

\* \* \*



### **3 Zukunft des Flughafens Düsseldorf und Lärmschutz für die Anwohner in Einklang bringen – Mobilitätsbedürfnisse der Bürger dauerhaft sichern – Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze ermöglichen**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/7363

Schriftliche Anhörung  
des Verkehrsausschusses  
Stellungnahme 17/2270  
Stellungnahme 17/2271  
Stellungnahme 17/2299

– Auswertung der Anhörung

*(Der Antrag wurde nach Beratung am 20.09.2019 einstimmig an den Verkehrsausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.)*

**Herbert Strotebeck (AfD)** wirft den Flughafengegnern die Absicht vor, das Planfeststellungsverfahren künstlich in die Länge zu ziehen und möglichst einstellen zu lassen. Auf der anderen Seite fordere die IHK Düsseldorf zu Recht die baldige Entscheidung für den bedeutsamen Flughafen. Mit der neuen Betriebsgenehmigung könne der Flughafen potenziellen neuen internationalen Fluggesellschaften Slots zu attraktiven Zeiten anbieten.

Trotz der gegenwärtig starken Einschränkungen aufgrund der Coronapandemie zeigt er sich vom langfristigen Wachstum des Flughafens überzeugt. Die neue Betriebsgenehmigung lege dabei lediglich eine neue Obergrenze fest, wobei der Flughafen über einen vermutlich längeren Zeitraum hinweg seine zusätzlichen Kapazitäten gar nicht ausschöpfen könnte, wohl aber für viele Jahre Planungssicherheit erhalte.

Zudem sage der Flughafen zu, auf die Spreizung lärmabhängiger Start- und Landentgelte hinzuwirken. Aufgrund unnötiger finanzieller Belastungen wie der Luftverkehrssteuer fehle aus Sicht seiner Fraktion allerdings das dringend erforderliche Kapital zur Anschaffung moderner Flugzeuge, die weniger Lärm verursachten und weniger Kerosin verbrauchten.

Intraplan prognostiziere bis zum Jahr 2040 40 Millionen Passagiere jährlich und bestätige die Forderung im Antrag nach einer Planung über das laufende Verfahren hinaus, denn die beantragte Kapazitätsausweitung werde nicht ausreichen, um die Kapazitätsengpässe vollständig aufzufangen. Mit Blick auf die langen Planungs- und Genehmigungspraxis fordere seine Fraktion daher nach wie vor, jetzt mit der langfristigen Planung für den Düsseldorfer Flughafen zu beginnen.

**Arndt Klocke (GRÜNE)** möchte wissen, wie das Recht auf Einsichtnahme nach Offenlegung in der gegenwärtigen Coronasituation sichergestellt werde, was er für nahezu unmöglich halte, sodass er eine Fristverlängerung anempfiehlt.

Dass die AfD in der gegenwärtigen Situation, in der der Luftverkehr fast völlig zum Erliegen komme, einen solchen Antrag stelle, mache jede weitere Auseinandersetzung überflüssig.

**Carsten Löcker (SPD)** wirft der AfD vor, den Angerlandvergleich für disponibel zu halten. Dem widerspricht er im Namen seiner Fraktion ausdrücklich.

**Herbert Strotebeck (AfD)** erwidert, selbstverständlich berücksichtige seine Fraktion den Angerlandvergleich. Zwar könnten die aktuellen Kapazitäten des Flughafens aufgrund der Coronapandemie möglicherweise sogar für längere Zeit nicht voll ausgeschöpft werden, was allerdings keineswegs bedeuten dürfe, die Planungen insbesondere mit Blick auf die lange Vorlaufzeit eines erneuten Verfahrens nun zu beenden. Beim Flughafen und den zu ihm gehörenden Betrieben handele es sich um wichtige Wirtschaftsfaktoren.

Als direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis, in dem der Flughafen liege, stellt **Olaf Lehne (CDU)** fest, allein die Kapazitätserweiterung habe zu 22.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen in Düsseldorf geführt. Allerdings kenne er auch die gesetzlichen Verfahren und Abwägungsprozesse, weshalb er den AfD-Antrag für zu tendenziell halte, wenn er dem Ergebnis auch zustimme. Die Abgeordneten hätten den Auftrag, für die Bürger das objektiv Beste zu tun, wozu auch das gegenwärtige ganz normale saubere Verfahren zähle.

**Bodo Middeldorf (FDP)** hält die wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens für unbestritten. Zugleich habe seine Fraktion immer darauf gedrungen, die Ausnutzung der Sonderregelung zu Nachtflügen zu verringern. In völlig abwegiger Weise suggeriere die AfD-Fraktion, das Planfeststellungsverfahren werde nur zögerlich durchgeführt, was man auch an den 50.000 Einwendungen sehe, die nun sauber abgearbeitet werden müssten, was insbesondere bei einem so sensiblen Infrastrukturprojekt seine Zeit brauche.

**Minister Hendrik Wüst (VM)** unterstreicht seine Verpflichtung zu absoluter Neutralität, denn sein Ministerium sei Planfeststellungsbehörde, das Land aber zugleich Partei im Angerlandvergleich. Am wichtigsten sei die Rechtssicherheit, denn Planfeststellungsbeschlüsse würden stets beklagt.

Alle Betriebsgenehmigungen seien bestandskräftig, sodass es sich um politische Diskussionen handele. Den gegenwärtigen Flugbetrieb könne man rechtlich nicht beanstanden, was auch die Toleranz für verspätete Landungen nach 23:00 Uhr einschließe, die niemand wolle. Nach dem Marktaustritt von Air Berlin sei es zu einem Chaos gekommen, denn andere Airlines hätten sich zwar die freigewordenen Slots gesichert, verfügten aber nicht über das erforderliche Material. Im Vergleich zu 2018

seien die Landungen zwischen 23:00 und 6:00 Uhr von knapp 2.300 auf 1.500 im Jahr 2019 gesunken.

Trotz der gegenwärtigen Unsicherheit halte er es für richtig, Planfeststellungsverfahren fortzusetzen und einen guten Umgang mit der Pandemie zu finden, denn man könne nicht alle Planungen aufschieben, bis es einen Impfstoff gebe. Nach intensiver Prüfung habe man in Abstimmung mit den Kommunen Offenlegungen unter Einhaltung der Hygieneschutzmaßnahmen ermöglicht und das Verfahren deshalb rechtlich sauber und zulässig weiterbetrieben.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

